

# Uffbasse will Stellplatz-Chancen verbessern

Handwerker und Pflegedienste sollen von Änderungen bei der Parkraumbewirtschaftung in Darmstadt profitieren

Von Daniel Baczyk

**DARMSTADT.** Um die Arbeitsfähigkeit von Handwerkern und Pflegediensten in den Bereichen der Stadt, die der Parkraumbewirtschaftung unterliegen, sorgt sich die Wählervereinigung Uffbasse. Die Fraktion hat im Stadtparlament einen Antrag eingebracht, Gewerbetreibenden und Selbstständigen den Erwerb von Sonderparkausweisen zu ermöglichen. Über den Antrag soll bei der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, 20. Juni beraten werden. Bereits im Februar hatte die FDP-Fraktion einen ähnlichen Vorstoß unternommen, auch über diesen Antrag wurde bislang nicht entschieden.

„Die Stellung der Gewerbetreibenden und Selbstständigen ist bislang nicht ausreichend in der Satzung zur Parkraumbewirtschaftung geregelt“, heißt es einleitend im aktuellen Antrag von Uffbasse. Dabei seien diese Gruppen nach wie vor belastet durch die Folgen von Pandemie, Energiepreiskrise und Inflation. Sie sollten die Möglichkeit erhalten, „entpersonalisierte und kennzeichenunabhängige Sonderausweise“ zu erwerben, fordert die Wählervereinigung. Die Kosten für diese Ausweise soll-



**Die Parkraumbewirtschaftung in Darmstadt erschwert die Suche nach einem Stellplatz für Nicht-Anwohner.**

Foto: Guido Schiek

ten nicht höher sein als für Privatpersonen. Diese zahlen einheitlich 120 Euro jährlich. Uffbasse erwähnt ausdrücklich Pflegedienste und Beschäftigte in Seniorenwohnanlagen und Kliniken, die bei Bedarf ebenfalls Sonderparkausweise erhalten sollen.

Laut Antrag der Wählervereinigung soll zudem die Höchstparkdauer in den bewirtschafteten Parkzonen auf vier

Stunden verlängert werden, „um Besucherinnen und Besuchern in den Stadtteilen ungestörte Aufenthalte zu ermöglichen“. Die Parkraumbewirtschaftung solle generell wochentags nur bis 20 Uhr gelten und an den Wochenenden gar nicht.

Auch die FDP hatte beantragt, Gewerbetreibenden den Erwerb nicht personalisierter und nicht ortsgebundener Anwohner-

parkscheine zu ermöglichen. Zudem forderte die Fraktion Quartiersgaragen oder Quartiersparkplätze in den Parkzonen „für die aus dem öffentlichen Straßenraum faktisch ausgeschlossenen Kunden und Anwohner“. Auch sollten spezielle Parkplätze für Handwerker und soziale Dienste eingerichtet werden. Ansässige Gewerbetreibende sowie Handwerker und Pflegedienste hät-

ten „enorme Schwierigkeiten“, ihren Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten, begründete die FDP ihren Antrag: „Es drohen Geschäftsaufgaben und schwere Beeinträchtigungen für die Vielfalt und Attraktivität der betroffenen Gebiete.“

Der Magistrat hat Ende Mai die Parkraumbewirtschaftung neu geordnet und Parkzonen neu zugeschnitten. Teilweise wurden Parkgebühren reduziert und Parkzeiten verlängert. Zone I umfasst demnach außer dem Innenstadtkern das Kapellplatzviertel und den Bereich um den Hauptbahnhof im Europaviertel. Hier ist die Höchstparkdauer auf zwei Stunden beschränkt, zwischen 6 und 22 Uhr muss täglich ein Parkschein gezogen werden. Zone II umfasst die Mathildenhöhe und die an den Citykern angrenzenden Stadtteile: Martins- und Johannesviertel, der Westen der Kernstadt sowie Bessungen und Woogviertel. Sie wird künftig zwischen 6 und 21 Uhr bewirtschaftet. Zone III betrifft alle anderen Bereiche der Stadt.

Die Neufassung war nötig, weil laut einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Anwohnerparkgebühren nicht per Satzung, sondern per Rechtsverordnung geregelt werden müssen.